

MEINUNG



Trumps Abrechnung

Holger Möhle, Berlin,
zum US-Truppenabzug

Ein Präsident unter Druck. Ein Präsident mit miesen Umfragewerten. Ein Präsident, der die Nato nicht schätzt und der den Nato-Partner Deutschland zum Lieblingsgegner im Bündnis erkoren hat. Jetzt hat Donald Trump der Bundesregierung seine Rechnung dafür geliefert, dass Deutschland seit Jahren und noch für Jahre das in der Allianz verabredete Zwei-Prozent-Ziel bei den nationalen Verteidigungsausgaben nicht erfüllt. Beim Nato-Gipfel vor zwei Jahren hatte Trump versucht, die Latte noch höher zu legen: Zwei Prozent wären ganz okay, aber vermutlich müssten es vier Prozent sein, blüfte er. Jene 1,38 Prozent, die Deutschland derzeit in die alliierte Waagschale wirft, sind ihm entschieden zu wenig. Für den früheren Geschäftsmann Trump einfach ein „bad deal“, ein schlechtes Geschäft, weil Deutschland für seine eigene Sicherheit nicht (ausreichend) zahlen wolle.

Nun will er knapp 12 000 der insgesamt 35 000 US-Soldaten aus Deutschland abziehen. Trumps Entscheidung riecht stark nach Straffaktion für einen Bündnispartner, der sich seinem Diktat nicht beugen und seinen Narzissmus nicht bedienen will. Doch auch wenn der US-Präsident glaubt, mit der Ankündigung eines Truppen-

abzuges Deutschland als säumigen Beitragszahler im Bündnis an den Pranger zu stellen, so schadet er sowohl US-Sicherheitsinteressen als auch dem Bündnis selbst. Trump zieht Soldaten ab, die er für Militäreinsätze etwa in Afrika braucht. Er will das Afrika-Kommando mit Sitz in Stuttgart an einen anderen Standort verlegen, das Europa-Kommando soll nach Belgien. Der wahlkämpfende Präsident zahlt selbst einen hohen finanziellen und politischen Preis für seinen Plan. Er ist auch eine Art Abrechnung mit der unbeugsamen Angela Merkel.

Bislang ist der Truppenabzug nur angekündigt, aber noch lange nicht umgesetzt. Verliert Trump im November die Präsidentenwahl wird sowieso neu gerechnet, auch im transatlantischen Verhältnis. Doch Trump spielt mit allen Tricks, bringt jetzt sogar eine Verschiebung der US-Wahl ins Gespräch. Auch ein Joe Biden als US-Präsident würde mittelfristig vermutlich weniger Soldaten in Deutschland belassen. Doch der Ton würde sich verändern und Bündnispartner wie auch die Nato als Ganzes würden vorher konsultiert und informiert. Trump hat schon jetzt einiges Porzellan im Bündnis zerschlagen. Wird er wieder gewählt, muss die Nato aufpassen – auf sich selbst.



Auf Sicht

Ulla Thiede
zur Konjunktur

Egal ob es am Ende ein Konjunkturerinbruch im ein- oder zweistelligen Prozentbereich sein wird, heute schon ist klar: Die Wirtschaft ist schlimmer getroffen als während der Finanzkrise vor gut zehn Jahren. Ein Ausfall der Wirtschaftsleistung um 400 Milliarden Euro allein in Deutschland ist prognostiziert, dem sich der Staat mit einem Konjunkturpaket von 130 Milliarden Euro entgegenstemmt: Wird das reichen?

Sicher: Es geht nicht allein um Zahlen und um die Frage, wer soll was bezahlen. So wie die Virologen und Epidemiologen im Umgang mit dem Coronavirus täglich dazulernen, fährt die Politik auf Sicht, anders geht es nicht. Dort die Gesundheitspolitiker, in Sachen Konjunktur die Finanz- und Wirtschaftspolitiker. Die schnell geschnürten Hilfspakete für Unternehmen haben im Lockdown Schlimmstes verhindert, doch inzwischen zeigen sich auch die ersten Probleme. Was der verarbeitenden Industrie hilft, lässt sich nicht einfach auf Dienstleister übertragen. Die Bundesregierung muss also die Rückmeldungen aus den Ländern, von den Verbänden und Unternehmen ernst nehmen und bei den Hilfen nachbessern, wo es notwendig ist.

Aber der Staat allein kann es nicht richten, zumal es nicht darum geht, sterbende Strukturen zu retten. Auch kann die große Koalition nicht beeinflussen, wie Regierungen in anderen Ländern mit der Pandemie umgehen. Die USA sind der wichtigste Einzelmarkt für deutsche Exporteure, gerade dort wütet der Sars-Cov-2-Erreger aber besonders heftig. Hohe Arbeitslosigkeit senkt die Nachfrage nach Konsumgütern. Die ersten Corona-Monate haben aber auch schon gezeigt, dass die Anpassungsfähigkeit der Wirtschaft und der Erdingergeist in vielen Unternehmen ungebrochen sind. Das wird uns auch wieder aus der Krise führen, die Frage ist nur, wie schnell.



Verstand gebrauchen

Helge Matthiesen
zur Diskussion um eine neue Infektionswelle

Warum müssen wir eigentlich erst wissen, ob es eine zweite Corona-Welle gibt? Wenn das Haus brennt, wartet doch auch niemand auf die Feuerwehr, die das erst amtlich feststellt und dann darum bittet, doch ins Freie zu kommen.

Jeder kann inzwischen selbst wissen, dass es nach wie vor ein tödliches Risiko ist, an Covid-19 zu erkranken. Das hat sich in den zurückliegenden Monaten nicht geändert. Jeder kann leicht erkennen, dass die Zahlen wieder steigen, weil nur Kontaktbeschränkungen die Ausbreitung verhindern. Die werden im Moment jedoch nicht eingehalten.

Wie nah das für viele inzwischen eher abstrakte Risiko ist, erleben gerade die Menschen in einem dünn besiedelten Kreis in Schleswig-Holstein. Im nahen Belgien gehen große Städte wieder in den Lockdown. Es müssen also gar nicht die Ballermann-Partys sein, damit sich das Virus wohlfühlt.

Die persönliche Konsequenz aus diesen Fakten muss jeder selbst ziehen. Doch es ist sehr klar, wenn wir in naher Zukunft raus wollen aus den Beschränkungen, aus Maskenpflicht und Abstandsgebot, dann hilft allein die Disziplin aller. Die Politik setzt nur einen Rahmen. Sie versucht, mit Corona-Tests am Flughafen das Risiko in Bahnen zu lenken. Die Verursacher dieses Risikos sind wir alle.

Die Gefahr ist durch die Urlaubsreisen vieler deutlich gewachsen. Viele pflegen inzwischen eine persönliche Haltung, die Sache gehe sie nichts mehr an. Das erhöht das Risiko weiter. Einen zweiten Lockdown, der damit wahrscheinlicher wird, hält jedoch unsere Wirtschaft nicht aus. Neben der Gesundheit geht es also auch um unseren ganz persönlichen Wohlstand. Mag sein, dass dieser Gedanke einige Menschen endlich nachdenklich macht. Wir haben es selbst in der Hand, ob die zweite Welle uns umwirft oder nicht.



Die Republikanische Partei meldet sich zu Wort.

KARIKATUR: STUTTMAN

PRESESTIMMEN

Zur Konjunktur schreibt die

Heilbronner Stimme
Die meisten Ökonomen gehen dennoch davon aus, dass im zweiten Quartal der Tiefpunkt der Rezession erreicht wurde und es nun wieder aufwärts geht. Die spannende Frage lautet: wie schnell? Angesichts der gewaltigen Summen, die der Staat zur Revitalisierung der Wirtschaft lockermacht, ist die Hoffnung auf ein V, also einen steilen Anstieg nach dem tiefen Einbruch, nicht unrealistisch.

zum selben Thema die

HNA
Die Zahlen spiegeln die Stillstandsmonate geschlossener Geschäfte und gestoppter Fertigungsstraßen wider. Inzwischen haben die Lockerungen die Wirtschaft wiederbelebt. Wenn die zweite Infektionswelle ausbleibt, spricht einiges dafür, dass die Talsohle erreicht ist, aber alles dagegen, dass der Aufstieg einfach wird. (Kassel)

INTERVIEW SIGMAR GABRIEL

„Politische Bestrafung“

Ex-Bundesaußenminister Sigmar Gabriel zum angekündigten US-Truppenabzug

Sigmar Gabriel ist sofort drin an den Krisenherden dieser Welt. Der frühere Bundesaußenminister verknüpft mühelos den angekündigten US-Truppenabzug mit europäischen wie auch deutschen Versäumnissen in der Außen- und Sicherheitspolitik. Mit ihm sprach Holger Möhle.

Mittleren Osten. Und wenn das passiert, braucht man weniger militärische Hubs, Versorgungseinrichtungen und Infrastruktur in Deutschland und Europa für diese Einsätze in unserer Mittelmeer-Nachbarschaft. Das Ganze wird sich nicht so erratisch wie unter Trump vollziehen, wenn es einen neuen US-Präsidenten gibt...

zieht. Natürlich könnten die USA bilaterale Stationierungsverträge mit einzelnen EU-Mitgliedsstaaten wie Polen treffen. Das hieße dann aber, dass die Nato als Zentrum der strategischen, politischen und militärischen Entscheidungen übergangen und ausgehebelt würde. Denn die Beurteilung der strategischen Konsequenzen dauerhafter Truppenverlegungen zum Beispiel direkt an die russische Grenze muss die Nato als Ganzes treffen. Würde sie umgangen, käme das einer Kastration dieses so erfolgreichen westlichen Verteidigungsbündnisses gleich. Und den Traum von einer einheitlichen europäischen Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik können wir dann erstmal längere Zeit begraben. Aber möglicherweise will der amerikanische Präsident genau das. Denn von der EU hält er bekannterweise ja gar nichts.

ZUR PERSON

Knapp 30 Jahre lang gehörte Sigmar Gabriel einem Parlament an – zunächst dem Niedersächsischen Landtag, später dann dem Bundestag. Der 60-jährige Goslarer war niedersächsischer Ministerpräsident und SPD-Vorsitzender. Er war Vizekanzler, Bundesumweltminister, Bundeswirtschaftsminister und Bundesaußenminister. Im November vergangenen Jahres gab er sein Bundestagsmandat zurück. Schon ein paar Monate zuvor war Gabriel zum Vorsitzenden des Vereins Atlantik-Brücke gewählt worden. ga

obwohl Europa und Amerika wirtschaftlich gleich stark sind. Hier hat Donald Trump ein sehr ernsthaftes Argument. Aber auch hier machen wir Deutschen und Europäer einen dramatischen Fehler: Wir schauen immer so auf Donald Trump wie das Kaninchen auf die Schlange.

Was muss passieren?

Gabriel: Die Stärkung der europäischen Verteidigungsfähigkeit und auch des deutschen Beitrags müssen wir doch nicht machen, weil es die USA von uns fordern, sondern weil es in unserem eigenen Interesse ist. Im Übrigen finden auch eine Reihe europäischer Nachbarn unsere Haltung kritisch. „Wir kämpfen, während ihr nur fotografiert“ lautete eine Kritik eines französischen Offiziers, der damit die wachsende Verärgerung in Frankreich zum Ausdruck brachte, dass bei wirklich gefährlichen Einsätzen die Deutschen die Franzosen im Stich lassen würden.

Haben Sie die Hoffnung, dass ein US-Präsident Joe Biden die Ankündigung Trumps tatsächlich zurückdrehen würde?

Gabriel: Die kurzfristige Truppenreduzierung in Deutschland möglicherweise, die langfristige Abwendung der USA von Europa und dem Nahen Osten hin zu ihren Interessen im Pazifik wird er nicht verändern. Warum sollte er auch? China ist der große politische, technologische und irgendwann auch militärische Konkurrent der USA. Russland ist derzeit eher das, was Helmut Schmidt einmal „Obervolta mit Atomraketen“ genannt hat: ein militärisch hoch gerüstetes Land auf sehr schwachen ökonomischen Beinen. Kein wirklicher strategischer Konkurrent für die USA. Für uns in Europa werden das in jeder Hinsicht unbequeme Zeiten mit vielen Fragen, die es zu beantworten gilt.

Herr Gabriel, wie sehr belastet der angekündigte US-Truppenabzug die ohnehin schon belasteten deutsch-amerikanischen Beziehungen zusätzlich?

Sigmar Gabriel: Nach allem, was wir wissen, ist es tatsächlich als eine Art politische Bestrafung Deutschlands und insbesondere der deutschen Kanzlerin gemeint. Unsere Kritik an der aktuellen Politik der USA unter ihrem Präsidenten, unser Festhalten am Nuklearabkommen mit dem Iran und an den internationalen Organisationen der Vereinten Nationen sowie an der Idee des Multilateralismus, unsere ungelösten Handelskonflikte mit den USA, die deutsche Kritik an der Kündigung der großen nuklearen Abrüstungsabkommen...

...viel Holz, was stört Trump noch?

Gabriel: Unsere differenzierte Haltung zu China und auch die Weigerung Deutschlands und Europas, Russland trotz des weiterhin existierenden militärischen Konflikts in der Ukraine und der Besetzung der Krim mal eben schnell wieder zu den Treffen der sieben großen demokratischen (!) Staaten einzuladen, wie es Donald Trump vorschlägt, zeigen, wie groß die transatlantische Drift zwischen den USA und Europa im Allgemeinen sowie Deutschland im Besonderen inzwischen geworden ist.

Ist der Riss zu kittern?

Gabriel: Bei dieser Debatte gerät derzeit in Deutschland der eigentliche Kontinentaldrift zwischen Europa und den USA aus dem Blick. Denn ganz egal wie der nächste Präsident der USA heißt: Mittel- und langfristig wird es weniger US-Soldaten bei uns geben. Denn nicht erst seit Donald Trump, sondern schon unter Obama wollen die USA sich aus ihrem weltweiten militärischen Engagement zurückziehen. Die US-Bevölkerung ist kriegsmüde und der Slogan links wie rechts lautet in den USA: „Stop the endless wars.“ Das bedeutet Rückzug aus Afghanistan, Irak, Syrien und dem gesamten Nahen und

...sondern...

Gabriel: Wenn die USA irgendwo auf der Welt noch starke militärische Präsenz zeigen werden, dann in den Konfliktregionen im Indo-Pazifik. Wir Deutschen und Europäer wollten ja immer den Rückzug des „Welpolizisten USA“, weil damit ja sogar völkerrechtswidrige Kriege verbunden waren. Aber wir werden uns vermutlich noch wundern, was passiert, wenn der Polizist weg ist. Im richtigen Leben beherrschen dann die Gangster die Straße. Und genau das sehen wir ja schon in den Kriegen- und Krisengebieten um uns herum. Die entscheidende Frage wird sein: Will Europa weiter zuschauen oder sich selbst einmischen? Die USA jedenfalls werden uns diese schwierige Aufgabe nicht mehr allzu lange abnehmen.

Wie sehr sind dadurch US-amerikanische wie auch Bündnisinteressen berührt?

Gabriel: Es kommt darauf an, welche Konsequenz die amerikanische Führung aus dem Abzug der Truppen aus Deutschland

Europa hat den Weltwandel verschlafen?

Gabriel: Die Welt ist eine andere geworden. Die USA werden weniger europäisch sein und mehr pazifisch und es gibt gar keinen Grund, warum die USA zwei Drittel der Verteidigungslasten Europas zahlen sollten,

